

Bericht und Anträge der RPK zur Rechnung 2009 GR-Nr. 2010/137, Weisung 489 vom 24. März 2010

1. Einleitung

Die RPK hat die Jahresrechnung 2009 gemäss Art. 36 der Gemeindeordnung geprüft. Die Finanzkontrolle der Stadt Zürich prüfte ihrerseits pflichtgemäss die städtische Rechnung 2009 formell und rechnerisch. Der Revisionsbericht 60 der Finanzkontrolle datiert vom 28. Mai 2010.

1.1 Form der Rechnung und des Berichts der RPK

Die RPK verzichtet in diesem Bericht wie im letzten Jahr darauf, ausführlich die grundlegenden Kennzahlen der Rechnung zu wiederholen und verweist diesbezüglich auf das erste Kapitel der Rechnung. Der einleitende Teil der Rechnung (Kapitel 1.1 Weisung des Stadtrats und 1.2 Anhang) stellt die wichtigsten Informationen übersichtlich dar. Die RPK begrüsst in diesem Zusammenhang die Ergänzungen von Übersichten in der Rechnung, namentlich die Tabelle zu den Beteiligungen und die Übersicht über den Ausgabenzuwachs der Verwaltung.

2. Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung 2009 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 6,1 Millionen Franken ab, der gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss von 216,3 Millionen Franken (ohne Zusatzkredite) deutlich tiefer liegt. Damit wird eine nahezu ausgeglichene Rechnung präsentiert.

Diese Verbesserung kam einerseits dank höherer Steuererträge natürlicher Personen (82,3 Millionen Franken höher als budgetiert) zustande. Da die erneut tiefer liegenden Erträge juristischer Personen (- 69,9 Millionen Franken gegenüber Budget) gleichzeitig weniger stark zurückgingen als erwartet, blieb der gesamte Steuerertrag gegenüber dem Budget positiv. Andererseits liegt der Aufwand um 145,8 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Sowohl Personal- wie auch Sachaufwand liegen deutlich unter Budget.

3. Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben (brutto) von 956,3 Millionen Franken liegen deutlich über dem Vorjahreswert von 837 Millionen Franken, aber auch 257,4 Millionen Franken unter dem Budget. Damit wurden 21,2 % der bewilligten Kredite (inkl. Zusatzkredite) nicht in Anspruch genommen. Der *Selbstfinanzierungsgrad* (Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und Nettoinvestitionen) steigt von 61,8 % im Vorjahr auf 98,5 % an.

4. Gemeindebetriebe

Die Gemeindebetriebe verzeichnen erneut gute Abschlüsse. Sie erreichen einen Aufwand von 2,2 Milliarden Franken, dem Erträge von 2,28 Milliarden Franken gegenüberstehen (je inkl. interne Verrechnungen) und erzielten einen operativen Erfolg von insgesamt 242,6 Millionen Franken. 161 Millionen Franken werden in die Ausgleichs- und Erneuerungsreserven eingelegt und 81,6 Millionen Franken durch das ewz an die Stadtkasse abgeliefert. Die Reserven der Gemeindebetriebe erreichen per Ende 2009 einen Stand von 1,63 Milliarden Franken.

5. Bilanz

Aktiven:

Das *Finanzvermögen* hat um 426 Millionen Franken auf 5,27 Milliarden Franken abgenommen, das *Verwaltungsvermögen* um 1,65 Milliarden Franken auf 6,12 Milliarden Franken zugenommen. Diese Aufwertung kommt durch den Übertrag der Wohnsiedlungen sowie der gemeinnützigen Baurechte in das Verwaltungsvermögen zustande.

Passiven:

Das *Fremdkapital* nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,05 Milliarden Franken zu und lag Ende 2009 bei 8,4 Milliarden Franken, während die Spezialfinanzierungen um 135 Millionen Franken zunahmen. Die Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen betragen neu 2,78 Milliarden Franken.

Mit dem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 6,1 Millionen Franken ist das *Eigenkapital* per Ende 2009 auf 776 Millionen Franken leicht gesunken.

6. Besondere Hinweise

Die folgenden Geschäfte sind im Gemeindegesetz oder der Verordnung zum Gemeindehaushalt nicht explizit vorgesehen und rechtfertigen einen Zusatz, mit dem auf die Darstellung der städtischen Rechnung hingewiesen wird:

1. Die unter dem Leistungsprimat aktivierten Ausgaben für Einkäufe in höher versicherte Besoldungen für aktiv Versicherte der städtischen Pensionskasse (Barwert der noch zu amortisierenden Einkaufssummen der Pensionskasse) sind nach bilanzrechtlichen Gesichtspunkten ähnlich einem Bilanzfehlbetrag zu qualifizieren und belaufen sich per 31. Dezember 2009 noch auf 551 403 319 Franken.
2. Die aus Cross-Border-Leasing-Transaktionen früherer Jahre vereinnahmten Prämien sind in den Rückstellungen verbucht. Die Eventualverbindlichkeiten haben sich im laufenden Jahr nicht verändert und betragen per 31. Dezember 2009 noch rund 1,433 Milliarden Franken. Der gegenüber 2008 tiefere Betrag ergibt sich aus dem unterschiedlichen Dollar-Wechselkurs. Diese Eventualverbindlichkeiten stellen eine nicht quantifizierbare Risikoposition dar. Zurzeit sind jedoch keine Vertragsverletzungen bekannt.
3. Die Rückkaufkosten von Zinssatz-Swap-Geschäften im Rahmen einer Zinsabsicherung wurden in den Transitorischen Aktiven abgegrenzt. Die Amortisation der Position erfolgt über die Laufzeit der abgesicherten Anleihen im Zinsaufwand. Durch die im Jahr 2009 vorgenommene Amortisation von 4 666 000 Franken reduzierte sich die Abgrenzung per 31. Dezember 2009 auf 18 482 416 Franken.
4. Verschiedene Sondererträge haben das Ergebnis der Rechnung 2009 positiv beeinflusst. So wurden für 28 Millionen Franken Rückstellungen für die Annuitäten der VBZ aufgelöst. Die Vermögenserträge liegen mit 59,5 Millionen Franken (inkl. 40 Millionen Franken Aufwertung von Aktien im Finanzvermögen) höher als erwartet. Das ewz hat gegenüber 2008 11 Millionen Franken mehr abgeliefert. Diesen Mehrerträgen stehen Mindererträge bei der Entnahme Spezialfinanzierungen (- 31,4 Millionen Franken), bei den Beiträgen für eigene Rechnung (- 19 Millionen Franken), bei den internen Verrechnungen (- 12,5 Millionen Franken) und die Rückerstattung von Gemeinwesen (- 4,4 Millionen Franken) gegenüber. Insgesamt verbleibt ein positiver Beitrag zum Rechnungsergebnis.

4 / 7

7. Einzelaspekte der RPK-Prüfung

Die RPK stellte der Verwaltung wie üblich zahlreiche ergänzende Rückfragen zur Rechnung 2009. Obwohl die eingeforderten Rückantworten in einzelnen Departementen, insbesondere dem Finanzdepartement, ausserordentlich umfangreich waren, wurden diese mit Ausnahme der unten angegebenen Sonderfälle von der Verwaltung fristgerecht und ausführlich beantwortet.

7.1 Einsichtnahme der RPK in Kontodetails

Zu einem Konto erhielt die RPK auf ihre Rückfrage hin keine Einsicht: Dies betrifft den Freien Kredit des Stadtrats (Konto 3194 0000 Behörden und Gesamtverwaltung). Der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die Einsicht in Kontodetails zur Kontrolle der Buchprüfung gehöre und somit die Aufgabe der Finanzkontrolle sei.

Die RPK hält an ihren Fragen fest und wird die entsprechenden Antworten wenn nötig auch auf dem Rechtsweg einfordern. Die RPK kann ihren politischen Prüfauftrag nur wahrnehmen, wenn sie Einsicht in Kontodetails nehmen kann. Zur Begründung verweist sie unter anderem auf den Beschluss des Bezirksrats vom 20. Mai 2010 zur Aufsichtsbeschwerde zweier Mitglieder der RPK zum freien Kredit des Stadtrats. Die RPK wird in der zweiten Jahreshälfte das Gespräch mit dem Stadtrat und der Finanzkontrolle aufnehmen, um die offenen Fragen in gegenseitigem Einvernehmen zu klären und eine stabile Praxis für die Zukunft zu schaffen.

7.2 Nicht beantragte Zusatzkredite

Bereits 2008 hatte die RPK kritisiert, dass von den 25 grössten Kreditüberschreitungen (ohne Einbezug der Pauschalkredite in der Gesamtverwaltung) in der Rechnung 2007 sechs Überschreitungen im Gesamtumfang von 14,9 Millionen Franken aus Sicht der RPK ein Zusatzkreditbegehren erfordert hätten. Die RPK kritisierte vor einem Jahr die offenbar geltende Praxis, Kreditüberschreitungen ausserhalb des Rahmens von Art. 4 Finanzverordnung insbesondere nach Eingabefrist der zweiten Serie der Zusatzkredite auch dann zuzulassen, wenn sie nicht dringlich sind und den Gemeinderat bloss nachträglich in der Differenzbegründung zur Rechnung darüber zu informieren.

Auch dieses Jahr wurden bei verschiedenen Konti Überschreitungen festgestellt, ohne dass eine Dringlichkeit vorgelegen hätte oder Zusatzkredite beantragt worden wären. Die RPK hat den Stadtrat um eine Stellungnahme seines Rechtskonsulenten zu den sich im Zusammenhang mit der Überschreitung von Budgetkrediten und der Einholung von Zusatzkrediten stellenden Fragen gebeten. Die

5 / 7

RPK wird sich darum bemühen, im 3. Quartal zusammen mit dem Stadtrat eine für den Gemeinderat nachvollziehbare Praxis für den Umgang mit Budgetüberschreitungen zu entwickeln, die den Bestimmungen der Finanzverordnung entspricht und von den Dienstabteilungen mit vernünftigem Aufwand bewältigt werden kann. Die RPK geht davon aus, dass die Einhaltung des Budgets im Interesse aller Beteiligten ist.

7.3 Übertragung der Wohnsiedlungen ins Verwaltungsvermögen vollzogen

Der früher angekündigte Übertrag der Wohnsiedlungen in eine spezielle Form des Verwaltungsvermögens, dem der Regierungsrat zugestimmt hatte, ist nun erfolgt und hat zu entsprechenden Aufwertungen geführt.

7.4 Flächendeckende Leistungserfassung wünschenswert

Das departementübergreifende Grossprojekt Euro 2008 hat exemplarisch gezeigt, dass nur mit einer flächendeckenden einfachen Leistungserfassung der effektive Gesamtaufwand von Grossprojekten tatsächlich erfasst werden kann. Die RPK spricht sich einstimmig dafür aus, dass der Stadtrat die Einführung einer einfachen und einheitlichen flächendeckenden Leistungserfassung in der Verwaltung und den Gemeindebetrieben nicht nur für besondere Projekte, sondern auch für die gesamte Verwaltungstätigkeit an die Hand nimmt. Erst dies ermöglicht es auch, bei den Globalbudgets die Kosten der einzelnen Produkte präziser zu bestimmen. Die RPK hat ein entsprechendes Kommissionspostulat eingereicht.

7.5 Geplante neue Rechnungslegung

Aufgrund der Änderung des Gemeindegesetzes wird sich die Rechnungslegung der Stadt Zürich anpassen müssen. Für die RPK ist es wichtig, dass der Handlungsspielraum der Stadt Zürich erhalten bleibt. Die RPK hat zur Kenntnis genommen, dass das Gemeindeamt in den nächsten Monaten die Vernehmlassung zu einer die Rechnungslegungsvorschriften betreffenden Änderung des Gemeindegesetzes eröffnen wird. Sie bedauert, dass der Stadtrat nicht bereit ist, die RPK unmittelbar nach Eröffnung der Vernehmlassung über die Vorlage und deren Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen zu informieren. Sie weist auf das am 12. Dezember 2007 vom Gemeinderat mit 80 zu 40 Stimmen überwiesene Postulat 2007/635 hin, das vom Stadtrat einen „Bericht zur neuen Rechnungslegung bei den Gemeinden“ einfordert. Die RPK lädt den Stadtrat ein, auf seinen Entscheid zurückzukommen, die RPK erst nach der Beschlussfassung des Stadtrats über die Vernehmlassung der Stadt Zürich zur Änderung des Gemeindegesetzes über die Auswirkungen der Änderungen auf die Rechnungslegung der Stadt Zürich zu orientieren.

6 / 7

Ausblick

Die Stadt Zürich weist für das Jahr 2009 mit 6,1 Millionen Franken einen deutlich geringeren Verlust als budgetiert auf. Die Steuererträge der juristischen Personen sind zwar nochmals leicht zurückgegangen, haben sich aber dank höherer Erträge der natürlichen Personen weitgehend stabilisiert. Somit ist das Eigenkapital immer noch auf nahezu gleicher Höhe wie 2008. Die Rückzahlung von Steuerguthaben 2008 bei juristischen Personen hat sich somit gelohnt, indem die einsetzende Erholung in diesem Bereich sich rascher in der Ertragsrechnung der Stadt niederschlägt. Dabei ist aber fraglich, ob die Finanzinstitute je wieder so viel zum Steuersubstrat beitragen werden wie im Jahre 2007. Dies wird stark davon abhängen, wie sich der Finanzplatz Zürich entwickeln wird. Die RPK fragt sich, wie eine substantielle Steuerertragsminderung ausgeglichen werden kann. Bisher hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmarktsituation in Zürich nicht so negativ ausgewirkt wie befürchtet. Ebenfalls hat sich noch keine Steigerung der Fallzahlen in der Sozialhilfe ergeben. Möglicherweise steigen die Fallzahlen jedoch mit Verzögerung in der folgenden Rechnungsperiode.

Dank

Die RPK dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung zahlreicher Rückfragen in kurzer Frist. Wir bedanken uns auch bei der Finanzkontrolle für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen.

Schlussanträge

1. Die Verwaltungsrechnung 2009 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Pierino Cerliani (Grüne), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Ablehnung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)

2. Die Rechnung 2009 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Ausstand: Pierino Cerliani (Grüne)

7 / 7

3. Aufgrund der Rechnung 2009 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2010 von Fr.1 855 300.– genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Pierino Cerliani (Grüne), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Ablehnung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)

4. Die Rechnung 2009 der Asyl-Organisation Zürich und die Zuweisung des Gewinns von Fr. 3 171 871.86 zur Reserve werden, gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Pierino Cerliani (Grüne), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Ablehnung: Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)

5. Von den Rechnungen 2009 der Stiftungen «Wohnungen für kinderreiche Familien» und «Alterswohnungen der Stadt Zürich», die dem Gemeinderat zur Ausübung seines Aufsichtsrechts i.S.v. Art. 84 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches vorgelegt werden, nimmt der Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Zustimmende Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent; Myriam Barzotto (SP), Pierino Cerliani (Grüne), Kenntnisnahme: Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Kenntnisnahme: Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)

Enthaltung: Walter Angst (AL)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Pierino Cerliani (Grüne), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Minderheit: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)

Für die RPK

Zürich, 28. Juni 2010

Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
Sekretärin Marion Engeler